



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT

HANDEL &
MARKT

TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM



138,09 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS



47,81 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZITAT DES TAGES

„Wir überspringen den Umweg über stromgebundene Elektrolyse und produzieren chemische Energie aus Sonne und Wasser.“

Paul Kant, Mitgründer eines Spin-Off des Karlsruher Instituts für Technologie, über ein neuartiges PV-Panel.

WIRTSCHAFT

Sefe unterzeichnet revolvingende Kreditlinie

PHOTOVOLTAIK

Schlechte Noten für Verteilnetzbetreiber

WASSERSTOFF

MB Energy darf Ammoniak-Importterminal bauen

Inhalt

TOP-THEMA

→ **ELEKTROMOBILITÄT**: BDEW: Schwarz-Rot ohne „vorausschauende Elektromobilitätsstrategie“

POLITIK & RECHT

- **ÖL**: IEA beziffert den Rückgang der Ölexporte
- **WASSERSTOFF**: Eine Allianz für Europas Wasserstoffinfrastruktur
- **GAS**: Alle fossilen Gasvorhaben bundesweit auf einen Blick
- **MECKLENBURG-VORPOMMERN**: Solarparks künftig nur noch auf mageren Böden
- **WÄRME**: Neuer Leitfaden soll Geothermie im Stadtquartier voranbringen

HANDEL & MARKT

- **WIRTSCHAFT**: Sefe unterzeichnet revolvingende Kreditlinie
- **WASSERSTOFF**: Trading Hub Europe startet Ausschreibung für Wasserstoff-Data-Hub
- **STATISTIK DES TAGES**: Anzahl der Personen, denen es wichtig ist, Energie zu sparen 2019 bis 2025

TECHNIK

- **PHOTOVOLTAIK**: Schlechte Noten für Verteilnetzbetreiber
- **WASSERSTOFF**: Solarpaneel erzeugt ohne Umwege Wasserstoff
- **ADVERTORIAL**: Zukunft unter Hochspannung

UNTERNEHMEN

- **WASSERSTOFF:** MB Energy darf Ammoniak-Importterminal bauen
 - **PHOTOVOLTAIK:** Fraunhofer-Spin-off berät Photovoltaikhersteller bei Fabrikplanung
 - **SOLARTHERMIE:** Österreich: Solarthermiefirma Gasokol insolvent
 - **PERSONALIE:** Mainova verlängert mit Vorstand
 - **PERSONALIE:** Neuer Geschäftsführer bei Mainzer Stadtwerke-Tochter
 - **PERSONALIE:** Neuer Vertrag für Stadtwerke-Chef in Ellwangen
-

MARKTBERICHTE

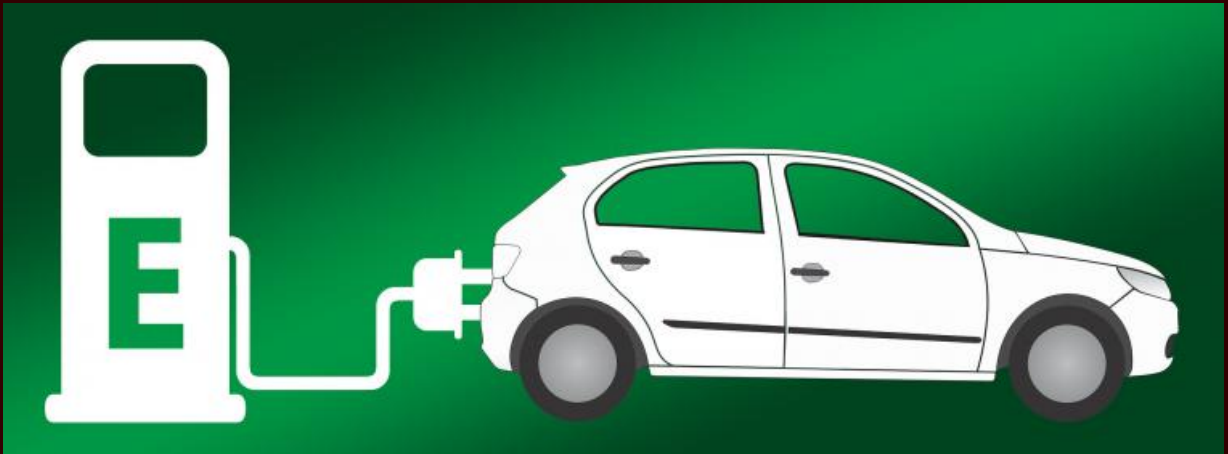
- **MARKTKOMMENTAR:** Hoffnung auf Frieden dämpft Preisdynamik
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

BDEW: Schwarz-Rot ohne „vorausschauende Elektromobilitätsstrategie“



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

ELEKTROMOBILITÄT. Steigende Zulassungszahlen bei E-Pkw, ein starker Ausbau der Ladeinfrastruktur bei geringer Auslastung – dieses Bild zeichnet der neue Elektromobilitätsmonitor des BDEW.

„Die Energie- und Ladebranche liefert“, was fehlt, ist eine „zielgerichtete und vorausschauende Elektromobilitätsstrategie“ der Bundesregierung. Kerstin Andreae sieht 2025 als starkes Jahr für die E-Mobilität in Deutschland, doch die Politik liefert nach Auffassung der Chefin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) nicht so, wie aus Sicht der Branche nötig wäre.

Mehr als 545.000 E-Pkw rollten laut neuem BDEW-Elektromobilitätsmonitor im vergangenen Jahr neu auf die Straßen. Das waren 19,1 Prozent aller Neuzulassungen. Im ersten Quartal dieses Jahres stieg der Anteil weiter – auf 22,8 Prozent. Als wesentliche Ursache für den Trend sieht der Verband die Verschärfung der CO₂-Flottengrenzwerte für Pkw 2025. Die Verschärfungen der Grenzwerte für Pkw 2020, 2021 und 2025 seien alle mit einem deutlichen Anstieg der E-Pkw-Zulassungen einhergegangen, heißt es.

Knackpunkt wie in den vergangenen Jahren ist nach Wahrnehmung des BDEW die Nachfrage nach Strom an Ladesäulen. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur schreite weiterhin schneller voran als die Nutzung, heißt es. „Unsere Nutzerbefragungen zeigen regelmäßig, dass Menschen, die E-Pkw fahren, keinen Mangel an Ladeinfrastruktur beklagen“, kommentiert Andreae. Das öffentliche Ladeangebot sei 2025 auf mehr als 200.000 Ladepunkte ausgebaut worden, die installierte Ladeleistung habe 9.000 MW überschritten. Doch im Jahresdurchschnitt waren laut BDEW-Auswertung lediglich zwölf Prozent der Ladepunkte gleichzeitig belegt.

Der Ausbau des Ladeangebots zielt auf Verkehrsachsen sowie Siedlungs- und Tourismusgebiete. In den Siedlungen werden AC-, DC- sowie HPC-Lader im direkten Umfeld voneinander errichtet. „In den 58 Prozent der Gemeinden, die mit mindestens einem öffentlichen Ladepunkt ausgestattet sind, leben 95 Prozent der Bevölkerung. Zum Vergleich: Nur 42 Prozent der Gemeinden haben mindestens eine Tankstelle“, resümiert der BDEW.

„Teure Tankrabatte oder Preisdeckel sind alte Antworten“

Die Nutzerperspektive zeigt laut Erhebung eine hohe Zufriedenheit mit dem bestehenden Angebot. Insgesamt geben 86 Prozent der befragten E-Autofahrer an, dass ihre Erwartungen an das öffentliche Laden erfüllt werden, 58 Prozent sehen diese sogar übertroffen. Und mehr als 80 Prozent der Nutzer berichten, dass sie noch nie oder nur sehr selten mehr als 80 Cent pro kWh für öffentliches Laden bezahlt haben. Mehr als die Hälfte nutzt Anwendungen zum Preisvergleich, um Kosten zu optimieren.

Was die politischen Kontroversen beim Spritpreis-Krisenmanagement angeht, betont Andreae: „Teure Tankrabatte oder Preisdeckel sind alte Antworten auf komplexe Herausforderungen. Die Unterstützung vulnerabler Gruppen muss vielmehr über den vom Finanzministerium eingeführten Direktauszahlungsmechanismus erfolgen.“ Die Senkung der Stromsteuer hingegen könne einen weiteren positiven Impuls für Elektrifizierung setzen.

Der aktuelle OECD-Bericht über Grundlagen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland verdeutlicht einmal mehr: Das entscheidende Problem in Deutschland ist die Investitionsschwäche. Für den Mobilitätssektor heißt dies: Wer Unabhängigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und Klimaschutz stärken will, muss die Elektromobilität voranbringen. Für geeignete Instrumente hält man beim BDEW „gezielte Anreize für Flotten, nachhaltige Steueranreize auch für private Pkw, die Senkung der Stromsteuer ebenso wie eine Wiederauflegung des Förderprogramms für klimaschonende Nutzfahrzeuge und Infrastrukturen“.

Der neue **Elektromobilitätsmonitor** des BDEW steht kostenfrei als Download bereit. // **VON MANFRED FISCHER**

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / Sven Hansche

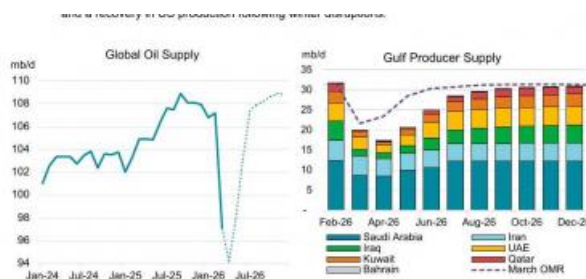
IEA beziffert den Rückgang der Ölexporte

ÖL. Die Öltransporte durch die Straße von Hormus sind Anfang April kriegsbedingt auf weniger als ein Fünftel des Februarwertes gesunken. Der IEA Oli Market Report.

Die Angriffe auf die Energieinfrastruktur im Nahen Osten und die fortdauernden Einschränkungen für den Tankerverkehr durch die Straße von Hormus haben zur größten Unterbrechung der Ölversorgung in der Geschichte geführt. Das weltweite Ölangebot brach im März um 10,1 Millionen Barrel pro Tag (mb/d) auf 97 mb/d ein. Die Förderung der OPEC+, eines Kartells, das die OPEC, Russland und weitere Förderländer umfasst, sank im Monatsvergleich um 9,4 mb/d auf 42,4 mb/d. Das Angebot außerhalb der OPEC+ ging aufgrund der Produktionseinbußen in Katar zeitgleich um 770.000 b/d auf 54,7 mb/d zurück.

Katar kann Öl und verflüssigtes Erdgas (LNG) ausschließlich über die Straße von Hormus in den Export schicken. Nicht nur ist diese blockiert, sondern der Iran hat auch den katarischen LNG-Aufbereitungskomplex Ras Laffan mit Luftangriffen schwer getroffen. Der größte oder zweitgrößte LNG-Produzent der Welt fuhr aus beiden Gründen die Produktion herunter.

Wie es weiter im aktuellen Oil Market Report der International Energy Agency (IEA) heißt, bleibt die Wiederaufnahme des Schiffsverkehrs durch die Meerenge der wichtigste Entlastungsfaktor für die Energieversorgung, die Preise und die Weltwirtschaft. Die Blockade ist mittlerweile doppelt, indem die USA ihrerseits iranisches Öl blockieren. Anfang April lagen die Verladungen von Rohöl, NGL (Ethan, Propan, Butan) und Raffinerieprodukten im Durchschnitt bei etwa 3,8 mb/d lagen, verglichen mit mehr als 20 mb/d im Februar vor der Krise.



In der Ölexport-Graphik aus dem IEA Oil Market Report für den März ist der beispiellose Knick seit dem Irankrieg unschwer zu erkennen (links: weltweit; rechts: Förderländer am Golf)

Quelle IEA

Die Exporte über Alternativrouten – vor allem von der Westküste Saudi-Arabiens und Fudschairah an der Ostküste der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sowie über die Pipeline ITP Richtung Türkei – waren von weniger als 4 mb/d vor dem Krieg auf 7,2 mb/d gestiegen. Bis Ende März hatte Saudi-Arabien seine Lieferungen über die Ost-West-Pipeline umgeleitet und damit die Ölexporte übers Rote Meer im Monatsvergleich um 2,4 mb/d auf 4,4 mb/d gesteigert. Trotz wiederholter Angriffe auf den Hafen stiegen die Rohölexporte aus Fudschairah (VAE) zeitgleich um 0,45 mb/d auf durchschnittlich 1,6 mb/d.

Die Rohöllieferungen via ITP aus dem Nordirak nach Ceyhan an der türkischen Mittelmeerküste wiederum wurden Ende März wiederaufgenommen, lagen jedoch mit 80.000 b/d um 120.000 b/d unter dem Vormonat, nachdem sie Anfang März aus Sicherheitsgründen eingestellt worden waren.

Erholung für Jahresmitte erwartet

Die IEA geht davon aus, dass das weltweite Angebot im April um weitere 2,9 mb/d auf 94,2 mb/d sinken wird, bevor es sich Mitte des Jahres erholt. Für das Gesamtjahr 2026 wird ein Rückgang des weltweiten Angebots um 1,5 mb/d gegenüber 2025 auf 104,7 mb/d prognostiziert. Die Jahresproduktion der OPEC+ für 2026 dürfte um 2,4 mb/d auf 48,8 mb/d zurückgehen, was vor allem auf Verluste bei den OPEC-Produzenten am Golf zurückzuführen ist.

Das russische Angebot wurde für den Rest des Jahres um 120.000 b/d nach unten korrigiert, da die ukrainischen Angriffe auf russische Ölinfrastruktur anhalten. Die Jahresproduktion der Staaten aus dem Kreis der Nicht-OPEC+ wird 2026 aufgrund des Wachstums im amerikanischen Raum trotz der Einbußen in Katar um 0,85 mb/d voraussichtlich auf 55,9 mb/d steigen.

Asiatische Petrochemie drosselt schon

Im März sanken die weltweit erfassten Ölvorräte um 85 Millionen Barrel, nachdem die Schiffsfahrten der vom Golf abhängigen Produzenten fast zum Erliegen gekommen waren. Die Lagerbestände in den Importländern Asiens nahmen im März um 31 Millionen Barrel ab.

Soweit durch Inanspruchnahme der Tanks die Lücke nicht geschlossen wurde, wurde der Verbrauch eingeschränkt. Vor allem asiatische Petrochemie-Produzenten haben ihre Auslastungsraten aufgrund von Versorgungsengpässen gedrosselt. Auch Haushalte und Unternehmen, die Flüssiggas (LPG, ein Propan-Butan-Gemisch) nutzen, sind betroffen, während Flugausfälle in Nahost, in Teilen Asiens und Europas zu einem starken Rückgang des Kerosinverbrauchs geführt haben.

Die Nachfrage in diesem Jahr - deutscher Sonderweg

Der Irankrieg hat die globalen Aussichten für den Ölverbrauch grundlegend auf den Kopf gestellt. Jetzt geht die IEA davon aus, dass die Nachfrage im laufenden Jahr schrumpfen wird. Für 2026 wird ein Rückgang der Nachfrage gegenüber 2025 um 84.000 b/d auf knapp 104,3 mb/d prognostiziert. Die Verbrauchsprognose liegt 730.000 b/d weniger, als im Oil Market Report der IEA im März geschätzt. Der Irankrieg läuft seit 28. Februar.

In Europa dürfte sich die Ölnachfrage zeitgleich um 40.000 b/d vermindern. Der Rückgang wird länderübergreifend erwartet, wobei der Ölverbrauch in Frankreich, Italien und im Vereinigten Königreich jeweils um rund 20.000 b/d schrumpfen dürfte, während die Nachfrage in Deutschland nach Einschätzung der Agentur im Wesentlichen stabil bleibt. // VON HANS-WILHELM SCHIFFER

[^ Zum Inhalt](#)

Eine Allianz für Europas Wasserstoffinfrastruktur



Quelle: Thyssenkrupp

WASSERSTOFF. Die CEOs namhafter Unternehmen haben sich zur „European Resilience Alliance for Clean Hydrogen & Derivatives“ (ERA) zusammengeschlossen. An die Politik haben sie klare Forderungen.

Elf Unternehmen aus Produktion, Infrastruktur und Industrieanwendung haben in Brüssel die „European Resilience Alliance for Clean Hydrogen & Derivatives“ (ERA) gegründet. Das Ziel: „die Nutzung von sauberem Wasserstoff für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit und die Energieunabhängigkeit Europas zu beschleunigen“, wie es in einer Mitteilung von Mitgründer Thyssenkrupp heißt. Die Gründungsveranstaltung fand am 14. April in Brüssel statt. EU-Kommissions-Vizepräsidentin Teresa Ribera hielt die Eröffnungsrede

Die Allianz, der neben Thyssenkrupp auch Enagas, Fluxys, Fortum, Gasgrid Finland, Moeve, Nordion Energi, OGE, RWE Generation, Sepe und Stegra angehören, versteht sich als paneuropäische, von Vorstandschefs geführte Plattform über die gesamte Wasserstoff-Wertschöpfungskette hinweg.

Im Zentrum steht ein White Paper, das die Allianz veröffentlicht hat. Darin beschreibt sie eine Lücke zwischen politischem Anspruch und realer Umsetzung: Trotz einer großen Projektpipeline hätten bislang weniger als 7 Prozent der Wasserstoff-Vorhaben die finale Investitionsentscheidung erreicht. Als zentrale Hemmnisse nennt das Papier fragmentierte nationale Regulierung, komplexe Vorgaben für erneuerbare Kraftstoffe nicht-biogenen Ursprungs, hohe Stromkosten, fehlende bankfähige Nachfrage und unsichere Infrastrukturfade.

Vier Forderungen an die Politik

Die Allianz formuliert daraus folgernd vier politische Forderungen. Erstens solle die Nachfrage den Markthochlauf tragen, etwa durch eine zügige Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED III und harmonisierte Vorgaben aus „ReFuelEU Aviation“ und „FuelEU Maritime“. Zweitens fordert sie einfachere und verlässlichere Förderrahmen. Drittens müsse privates Kapital durch planbare ETS- und CBAM-Signale sowie zusätzliche Absicherungsinstrumente mobilisiert werden. Viertens sei ein beschleunigter Ausbau grenzüberschreitender Wasserstoff-Infrastruktur notwendig.

„Europas Anfälligkeit ist struktureller Natur“, lässt sich Miguel López, Vorstandsvorsitzender der thyssenkrupp AG und von thyssenkrupp Decarbon Technologies, anlässlich der Gründung zitieren: „Die Abhängigkeit von externen Energiequellen, Technologien, Lieferketten und kritischen Rohstoffen bedroht unseren langfristigen Wohlstand und unsere industrielle Führungsrolle. Gleichzeitig muss Europa seine Klimaziele erreichen. Daher ist Widerstandsfähigkeit zu einem politischen und wirtschaftlichen Pflichtprogramm geworden, das unser aller Handeln erfordert.“

Namentlich an der Allianz beteiligt sind: Arturo Gonzalo Aizpiri, CEO, Enagás; Pascal De Buck, CEO, Fluxys; Markus Rauramo, CEO, Fortum; Olli Sipilä, CEO, Gasgrid Finland; Jorgo Chatzimarkakis, CEO, Hydrogen Europe; Maarten Wetselaar, CEO, Moeve; Hans Kreisel, CEO, Nordion Energi; Detlef Brüggemeyer, CTO, OGE; Nikolaus Valerius, CEO, RWE Generation; Egbert Laege, CEO, Sepe; Niklas Wass, CEO, Stegra Boden; Miguel López, CEO, Thyssenkrupp & Thyssenkrupp Decarbon Technologies; Marie Jaroni, CEO, Thyssenkrupp Steel und Nadja Håkansson, COO, Thyssenkrupp Decarbon Technologies & CEO, Thyssenkrupp Uhde.

Das Whitepaper „Securing Europe's Energy and Industrial Future. Unlocking Europe's Clean Hydrogen Economy: pragmatic path from policy to bankable projects“ ist auf der Internetseite der Allianz verfügbar.

// VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

Alle fossilen Gasvorhaben bundesweit auf einen Blick



Quelle: Shutterstock / Wojciech Wrzesien

GAS. Umweltorganisationen machen mit einer neuen, interaktiven Deutschlandkarte, die das Ausmaß der Vorhaben mit fossilem Gas zeigen soll, mobil. Zielscheibe ist die Wirtschaftsministerin.

Den „massiven“ Ausbau der fossilen Erdgas-Infrastruktur soll eine interaktive Deutschlandkarte zeigen, die mehrere Umweltorganisationen am 15. April veröffentlicht und beworben haben. Die Karte zeigt bestehende und geplante LNG-Terminals, Gasbohrungen, Gasblöcke und das Ferngasleitungs-System.

Erklärtes Ziel von Greenpeace, Deutscher Umwelthilfe (DUH), Urgewald, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Fridays for Future (FFF), Frag den Staat und anderen ist, die angeblichen, intransparenten Gaspläne von Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) in ihrem Ausmaß ins Licht zu rücken, sie als Lobbyistin der Gaslobby und gegen Erneuerbare zu brandmarken und gegen die Projekte zu mobilisieren. Jedes Vorhaben hat einen Steckbrief mit dessen Status, Investoren, geplanten Inbetriebnahmedaten und Link zur Informationsquelle. Die Karte basiert auf Urgewalds „Global Oil & Gas Exit List“ (GOGEL) und Beyond Fossil Fuels „European Gas Plant Database“.

Die Deutschlandkarte ist unter der Landingpage gemeinsam-gegen-gas.de - „Energie für alle, nicht nur für Reiche“ anzuschauen. Die Umweltorganisationen argumentieren damit, dass fossiles Gas Deutschland abhängiger von Importen aus Autokratien macht, Privatleute in eine Kostenfalle treibt und zum Klimawandel beiträgt.

Mika Schachenmayr von FFF sprach in einer gemeinsamen Mitteilung von einem „neuen Gasrausch der Bundesregierung“. Für Urgewald ließ sich Energie-Campaigner Moritz Leiner so zitieren: „Fossile Konzerne wie RWE, EPH, Uniper EnBW und Siemens Energy üben massiven Druck auf die Bundesregierung aus, um Subventionen für neue Gaskraftwerke zu sichern.“ // [VON GEORG EBLE](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Solarparks künftig nur noch auf mageren Böden



Quelle: Shutterstock / Bilanol

MECKLENBURG-VORPOMMERN. Mecklenburg-Vorpommern hat das Flächenkontingent für Agri-PV verdoppelt. Ertragreiche Böden sollen für die Nahrungsmittelproduktion in gesichert werden.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat das Kontingent für Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen auf 10.000 Hektar verdoppelt. Zugleich wurden die Bedingungen für die Solarparks verschärft: Großflächenanlagen auf Äckern und Grünland dürfen künftig nur noch auf ertragsarmen Böden errichtet werden, wie aus einer Mitteilung des Wirtschaftsministeriums hervorgeht.

Durften bisher Landwirtschaftsflächen mit einer Fruchtbarkeit von bis zu 40 Bodenpunkten mit Solarparks überbaut werden, gilt künftig ein Durchschnittswert von maximal 25 Punkten bei Feldern und 30 Punkten bei Grünflächen. Die neuen Bodenwerte wurden den Angaben zufolge in enger Abstimmung mit dem Agrarministerium von Till Backhaus (SPD) festgelegt. „Mit den neuen Kriterien ist sichergestellt, dass hochwertige Böden in Mecklenburg-Vorpommern auch weiterhin für die landwirtschaftliche Nutzung zur Verfügung stehen“, erläuterte ein Sprecher von Wirtschaftsminister Blank.

Der Landesbauernverband sieht es seit längerem kritisch, wenn wertvolles Ackerland mit Solaranlagen überbaut wird. Er fordert, vorrangig Dachflächen, Industriebrachen und Konversionsflächen für Photovoltaik zu nutzen. Würden doch Landwirtschaftsflächen genutzt, müssten dafür ertragsschwache Äcker und Wiesen wie Trockenstandorte mit leichten und sehr sandigen Böden gewählt werden. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

Neuer Leitfaden soll Geothermie im Stadtquartier voranbringen



Quelle: Shutterstock

WÄRME. Die Stiftung Umweltenergierecht hat einen Leitfaden veröffentlicht, wie Wärmeversorgungskonzepte mit oberflächennaher Geothermie in Bestandsquartieren umgesetzt werden können.

Ein neuer Leitfaden der Stiftung Umweltenergierecht und ihrer Projektpartner zeigt, wie Wärmeversorgungskonzepte mit oberflächennaher Geothermie in urbanen Bestandsquartieren geplant und umgesetzt werden können. Er richtet sich an Energieversorger, Kommunen und Immobilienakteure, teilte die Stiftung Umweltenergierecht am 14. April mit.

Der Leitfaden entstand im Forschungsprojekt „UrbanGroundHeat“. Beteiligt waren das Fraunhofer IEE und Fraunhofer IEG, die Gasag Solution Plus, das Institut für Solarenergieforschung sowie die Stiftung Umweltenergierecht. Letztere verantwortete die rechtswissenschaftliche Analyse. Ziel ist es, Planungsprozesse zu strukturieren und die Entwicklung geothermischer Versorgungslösungen im urbanen Bestand zu beschleunigen.

Die oberflächennahe Geothermie nutzt Erdwärme bis in Tiefen von rund 400 Metern und Temperaturen bis etwa 25 Grad Celsius. Sie eignet sich daher laut den Projektpartnern für die Wärme- und Kälteversorgung von Gebäuden sowie für die Integration in Quartiersnetze. Denn Erdwärmesonden ermöglichen sowohl dezentrale Anwendungen als auch die Einbindung in Nah- und Fernwärmesysteme. Der Leitfaden verweist hier unter anderem auf die kontinuierliche Verfügbarkeit der Wärme und deren Einsatzmöglichkeiten in dicht bebauten Gebieten.

Rechtliche Rahmenbedingungen im Fokus

Der Leitfaden orientiert sich an den zentralen Phasen der Projektentwicklung. Er beginnt mit einem Machbarkeits-Check, der die grundsätzliche Eignung eines Standorts bewertet. Es folgen Hinweise zur Bedarfsermittlung sowie zur Analyse geologischer und technischer Potenziale.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Darstellung technischer Varianten für die Quartiersversorgung. Der Leitfaden vergleicht unterschiedliche Systemkonfigurationen und gibt Hinweise zur Vorbereitung der Umsetzung. Ergänzend behandelt er wirtschaftliche Bewertungsansätze und Entscheidungsgrundlagen für Investitionen.

Die Autoren stellen die rechtlichen Anforderungen in den Mittelpunkt. Maßgeblich sind insbesondere wasserrechtliche Vorgaben, die Planung, Genehmigung und Betrieb von Erdwärmesonden bestimmen. Dazu zählen Regelungen aus dem Wasserhaushaltsgesetz, der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sowie landesrechtliche Bestimmungen. Darüber hinaus analysiert ein integriertes Gutachten die rechtlichen Voraussetzungen für den Zugriff auf öffentliche und private Flächen. Es behandelt vertragliche Gestaltungsoptionen für Energieversorger im Kontext von Sondenfeldern und Wärmenetzen.

Der Leitfaden berücksichtigt auch gesetzliche Entwicklungen. Dazu zählen Regelungen aus dem Geothermie-Beschleunigungsgesetz, dem Wärmeplanungsgesetz und dem Gebäudeenergiegesetz. Zusätzlich erläutert die Veröffentlichung Anforderungen aus dem Bergrecht sowie Anzeige- und Dokumentationspflichten nach Bundesberggesetz und Geologiedatengesetz. Die Autoren sehen den Leitfaden als Ergänzung zu bestehenden Regelwerken der Bundesländer, die bislang vor allem Einzelgebäude adressieren.

Der „[Leitfaden für Wärmeversorgungskonzepte mit oberflächennaher Geothermie](#)“ ist kostenlos als PDF auf der Homepage der Stiftung Umweltenergierecht herunterzuladen. // [VON HEIDI ROIDER](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

Sefe unterzeichnet revolvingende Kreditlinie

WIRTSCHAFT. Der staatliche Energiegroßhändler Sefe hat eine revolvingende Kreditlinie über 2 Milliarden Euro abgeschlossen und zugleich einen KfW-Kredit abgelöst.

Das staatliche Energieunternehmen Sefe (Securing Energy for Europe) hat eine revolvingende Kreditlinie (Revolving Credit Facility, RCF) mit einer Laufzeit von fünf Jahren und einem Volumen von zwei Milliarden Euro abgeschlossen, teilte Sefe am 15. April mit. Gleichzeitig hat Sefe damit ein verbleibendes Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Höhe von 2,5 Milliarden Euro abgelöst. Die neue Kreditlinie wird von einem Konsortium aus 27 internationalen Banken bereitgestellt.

Die Transaktion markiert das Ende der staatlich abgesicherten Liquiditätsunterstützung, die das Unternehmen im Jahr 2022 in Anspruch genommen hatte. In der damaligen Krisensituation stellte die KfW eine Kreditlinie von bis zu 13,8 Milliarden Euro bereit, um die Zahlungsfähigkeit von Sefe zu sichern. Nach der Rekapitalisierung und Verstaatlichung durch die Europäische Kommission wurde ein Teil der Verbindlichkeiten in Eigenkapital umgewandelt, wodurch sich die Kreditlinie auf 7,5 Milliarden Euro reduzierte.

Der Hintergrund: Sefe hieß bis 2022 Gazprom Germania und war eine Tochter des russischen Staatskonzerns Gazprom. Als Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der Energiekrise wurde das Unternehmen verstaatlicht. Nach der Einstellung der russischen Pipeline-Gaslieferungen 2022 musste das Unternehmen teure Ersatzlieferungen beschaffen, um die Gasversorgung von Industriekunden und Stadtwerken aufrechtzuerhalten. Um Sefe dies zu ermöglichen, genehmigte die EU-Kommission im Dezember 2022, dass der Bund 6,3 Milliarden Euro zusätzliches Eigenkapital in die Gesellschaft einbringt. Gleichzeitig wurde Sefe zu Rückzahlungen verpflichtet. Das Unternehmen ist einer der größten Gasimporteure Deutschlands.

Schrittweise Reduzierung seit 2025

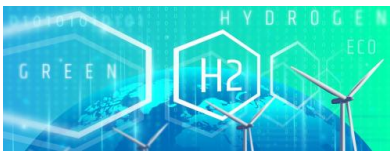
Seit Anfang 2025 reduzierte Sefe die KfW-Kreditlinie in mehreren Tranchen. Im Januar vergangenen Jahres sank das Volumen auf 5 Milliarden Euro, im September desselben Jahres auf 2,5 Milliarden Euro. Mit der nun abgeschlossenen Refinanzierung hat das Unternehmen die staatliche Finanzierung vollständig abgelöst, teilte Sefe dazu weiter mit.

Die neue Kreditlinie stieß nach Auskunft von Sefe auf hohe Nachfrage am Finanzmarkt und war 2,2-fach überzeichnet. Mit der Refinanzierung vollzieht Sefe den Übergang zu einer vollständig marktbasierter Finanzierung. „Mit der vollständigen Ablösung der KfW-Kreditlinie hat Sefe einen wichtigen Punkt in ihrer Transformation erreicht. Wir agieren nun auf rein marktwirtschaftlicher Basis und verfügen über eine solide finanzielle Grundlage, die unsere langfristige Strategie untermauert“, lässt sich Christian Ohlms, CFO von Sefe in der Mitteilung zitieren.

Die starke Überzeichnung ist nach Ansicht des Finanzvorstandes Ohlms ein deutliches Zeichen dafür, dass „Sefe auf dem internationalen Finanzmarkt als zuverlässiger und attraktiver Geschäftspartner wahrgenommen wird“. Die Ablösung der KfW-Kreditlinie ist Teil des laufenden Privatisierungsprozesses. Die Bundesrepublik Deutschland plant, ihren Anteil an Sefe bis Ende 2028 schrittweise zu reduzieren. Die nun erreichte Finanzierungsstruktur gilt als Voraussetzung für diesen Prozess. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Trading Hub Europe startet Ausschreibung für Wasserstoff-Data-Hub



Quelle: Shutterstock / Tomasz Makowski

WASSERSTOFF. Die Trading Hub Europe (THE) hat die Ausschreibung für den geplanten Wasserstoff-Data-Hub gestartet. Die Plattform soll künftig zentrale Prozesse im entstehenden Markt koordinieren.

Die deutschen Netzbetreiber des künftigen Wasserstofftransportnetzes benannten die Trading Hub Europe GmbH (THE) im Dezember 2025 zum Wasserstoff-Marktgebietsverantwortlichen. In dieser Funktion hat die THE nun die Ausschreibung für den Aufbau eines Wasserstoff-Data-Hubs gestartet, teilte THE am 15. April mit. Die Unterlagen hat das Unternehmen auf dem Deutschen Vergabeportal (DTVP) veröffentlicht.

Der Schritt markiert einen weiteren Umsetzungspunkt im regulatorischen Rahmen für den Hochlauf des Wasserstoffmarktes. Der geplante Data Hub soll eine zentrale Rolle bei der Kommunikation und Abwicklung im Wasserstoffmarkt übernehmen. Vorgesehen ist eine Plattform, über die Marktteilnehmer Daten austauschen und Prozesse standardisiert abwickeln. Dazu zählen unter anderem Bilanzierungs- und Abrechnungsprozesse sowie der Austausch von Marktinformationen.

Nach Angaben von Geschäftsführer Torsten Frank setzt THE auf eine hohe Beteiligung im Ausschreibungsverfahren. Ziel ist es, geeignete Anbieter für die Entwicklung und den Betrieb der Plattform zu identifizieren.

Weitere Details zur Ausschreibung stellt [THE über die eigene Website](#) bereit. // VON HEIDI ROIDER

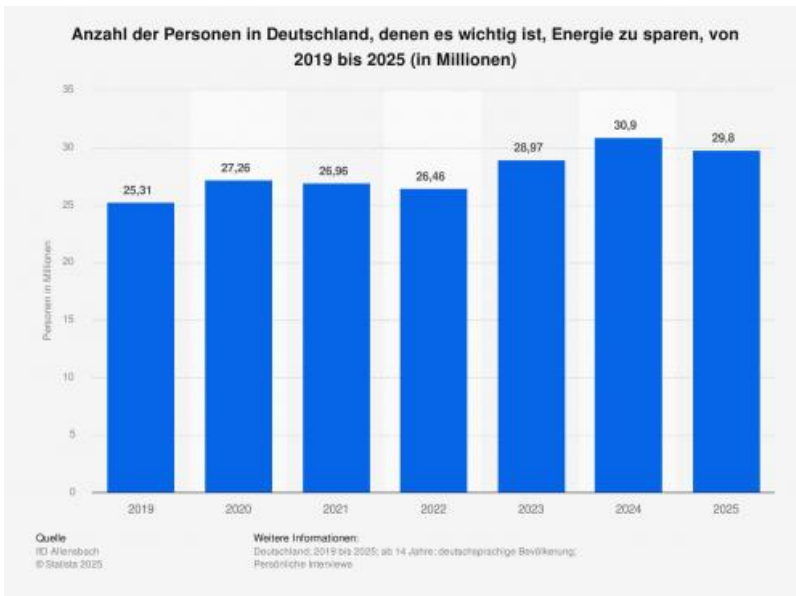
[^ Zum Inhalt](#)

Anzahl der Personen, denen es wichtig ist, Energie zu sparen 2019 bis 2025



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES . Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Im Jahr 2025 gab es in der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahren rund 29,8 Millionen Personen, die sich nach eigenen Angaben selbst zur Gruppe der Leute zählten, denen es wichtig ist, Energie zu sparen. Die Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse, kurz AWA genannt, ermittelt auf breiter statistischer Basis Einstellungen, Konsumgewohnheiten und Mediennutzung der Bevölkerung in Deutschland. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Quelle: Fotolia / Sallenbuscher

Schlechte Noten für Verteilnetzbetreiber

PHOTOVOLTAIK. Das Thema gemeinschaftliche Solarstromnutzung in Mehrfamilienhäusern ist bei den Verteilnetzbetreiber noch nicht angekommen, so eine Umfrage des „Bündnis Bürgerenergie“.

Gemeinschaftlich betriebene Solaranlagen auf den Dächern von Mehrfamilienhäusern gelten als wichtiger Baustein für die dezentrale Energiewende. Solche Anlagen könnten in Deutschland insgesamt 60.000 MW Strom erzeugen. In der Praxis sehen sich engagierte Initiativen vor Ort jedoch weiterhin mit erheblichen Hürden konfrontiert, so das Bündnis Bürgerenergie in einer Mitteilung. Die Organisation vertritt Energiegenossenschaften und lokalen Initiativen.

Eine nicht repräsentative Umfrage des „1000 GW Instituts“ gemeinsam mit dem Bündnis Bürgerenergie zeigt, dass viele Projekte bislang ausgebremst werden. Demnach bieten nur wenige Verteilnetzbetreiber „praxistaugliche Lösungen an für das Teilen von Strom über Mieterstromprojekte und die gemeinschaftliche Gebäudeversorgung“. Die überwiegende Mehrzahl der Netzbetreiber sei einer gemeinschaftlichen Vor-Ort-Versorgung wenig aufgeschlossen.

In der Umfrage konnten Praktiker Erfahrungen mit dem jeweils zuständigen Verteilnetzbetreiber bewerten. Rund 100 Rückmeldungen seien eingegangen. Genannt wurden unter anderem IT-Probleme, Intransparenz und mangelnde Erreichbarkeit. Gleichzeitig berichteten einzelne Teilnehmer auch von engagierten Netzbetreibern, die Mieterstrommodelle aktiv unterstützen.

Vor allem „Verzögerer“

Insgesamt wurden Rückmeldungen zu 50 Netzbetreibern ausgewertet. Kein einziger wurde von den Befragten als sogenannter „Champion“ eingestuft, also als Unternehmen, das alle gesetzlichen Pflichten erfüllt und das Teilen von Solarstrom innerhalb von Mehrfamilienhäusern ermöglicht. Fünf Netzbetreiber werden vom Bündnis Bürgerenergie als „Unterstützer“ bezeichnet, die „das Notwendigste“ tun, um entsprechende Anlagen zu ermöglichen.

Die große Mehrheit von 44 Netzbetreibern wurde hingegen als „Verzögerer“ eingeordnet, da sie den Bau von Gemeinschaftskraftwerken bremsen würden. Ein Netzbetreiber fiel vollständig durch und wurde als „Verhinderer“ bewertet.

Vor diesem Hintergrund richtet das Bündnis Bürgerenergie mehrere Forderungen an Politik und Regulierung. Die Bundesnetzagentur solle sicherstellen, dass die Versorgungsnetzbetreiber ihren gesetzlichen Pflichten nachkommen. Zudem wird ein „Mängelmelder“ gefordert, der auch Blockaden bei Mieterstromprojekten und gemeinschaftlicher Gebäudeversorgung erfasst.

Die Kosten für Smart Meter gelten weiterhin als zentrales Hemmnis. Für ein Mehrfamilienhaus mit zehn Parteien können über zehn Jahre bis zu 10.000 Euro für die Zähler anfallen. Damit werden Einsparungen durch Solarstrom weitgehend aufgezehrt. Gefordert wird, die Zusatzkosten nur einmal pro Gebäude statt pro Zähler zu erheben und zusätzliche Kosten für Datenbereitstellung zu streichen.

„Zwei Jahre nach Inkrafttreten der Gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung setzen erst fünf von 866 Netzbetreibern die nötigen internen Prozesse um. Wir fordern die Netzbetreiber auf, ihre Kräfte zu bündeln und die erforderlichen Prozesse gemeinsam zu etablieren“, sagt Valerie Lange, Leiterin Energiepolitik und Regulierung beim Bündnis Bürgerenergie.

Die Auswertung der Umfrage des „1000 GW Instituts“ und des „Bündnis Bürgerenergie“ steht als [Download](#) zur Verfügung. // [VON STEFAN SAGMEISTER](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Solarpaneel erzeugt ohne Umwege Wasserstoff



Quelle Amadeus Bramsiepe, KIT

WASSERSTOFF. Eine Ausgründung des Karlsruher Instituts für Technologie hat ein PV-Paneel für die direkte solare Wasserstoffherzeugung entwickelt.

Die Produktion von grünem Wasserstoff ohne Elektrolyseure macht ein Gründungsprojekt des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) möglich. Das Spin-off „Photreon“ hat sogenannte Photoreaktorpaneele entwickelt, die Wasserstoff kostengünstig und skalierbar aus Sonnenlicht und Wasser erzeugen, heißt es in einer Mitteilung. Die Paneele seien sowohl für dezentrale Anwendungen als auch für große Anlagen in sonnenreichen Regionen geeignet.

Die Herstellung von grünem Wasserstoff gilt bislang als kostenintensiv, technisch komplex und stark von Strom- sowie Netzinfrastrukturen abhängig. Das KIT-Gründungsprojekt verfolgt einen anderen Ansatz. „Wir überspringen den Umweg über stromgebundene Elektrolyse und produzieren chemische Energie aus Sonne und Wasser“, sagt Mitgründer Paul Kant vom Institut für Mikroverfahrenstechnik (IMVT) des KIT. Photovoltaik und Elektrolyse würden durch einen einzigen Prozessschritt ersetzt. Ziel sei es, die Wasserstoffproduktion zu vereinfachen und neue Anwendungsfelder zu erschließen.

Der Ansatz basiert auf dem Prinzip der sogenannten Photokatalyse. Anders als bei der Photovoltaik wird das Sonnenlicht nicht zunächst in Strom umgewandelt. Stattdessen löst die eingestrahlte Energie direkt eine chemische Reaktion aus, heißt es vom KIT. Speziell entwickelte lichtaktive Materialien absorbieren die Strahlungsenergie und versetzen Elektronen in einen angeregten Zustand. Diese treiben die Spaltung von Wasser (H₂O) in Wasserstoff (H₂) und Sauerstoff (O₂) an.

Design ist auf Serienfertigung ausgelegt

Photreon setzt dieses Prinzip in einem zum Patent angemeldeten Photoreaktorpaneel technisch um. Die modular aufgebauten Systeme sollen sich sowohl für dezentrale Anwendungen als auch für größere Anlagen eignen. Nach Unternehmensangaben ist das Design auf Serienfertigung mit gängigen industriellen Verfahren ausgelegt und nutzt kostengünstige Materialien.

Die Technologie zielt vor allem auf Anwendungen, bei denen Wasserstoff bislang nur mit hohem Aufwand bereitgestellt werden kann. Dazu zählen mittelständische Industrieunternehmen, die ihren Bedarf künftig direkt am Standort decken könnten, etwa in der Spezialchemie, der Lebensmittelindustrie oder der Metallverarbeitung.

Darüber hinaus sieht Photreon Einsatzmöglichkeiten in großflächigen Projekten in Regionen mit hoher Sonneneinstrahlung. „Gerade dort, wo weder Stromnetze noch eine Anbindung an ein Wasserstoffnetz vorhanden sind, eröffnet unsere Technologie neue Spielräume für die lokale Erzeugung.“

Mit dem Verzicht auf Elektrolyseure und elektrische Infrastruktur zielt das Konzept darauf ab, die Komplexität der Wasserstoffproduktion zu reduzieren und neue, netzunabhängige Wertschöpfungsketten zu ermöglichen. // VON STEFAN SAGMEISTER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Zukunft unter Hochspannung



Quelle: Gore-Tex

ADVERTORIAL. Mit der Energiewende muss Arbeitsschutz neu gedacht werden, sagte Miguel Calixto, Produktspezialist für Workwear Garments bei der Marke GORE-TEX.

Die Elektrifizierung unserer Gesellschaft schreitet schnell voran und stellt Energieversorger und Industrie vor neue Chancen und höhere Anforderungen – besonders beim Arbeitsschutz. Denn mit neuen Technologien entstehen neue Risiken am Arbeitsplatz. Innovative Lösungen wie die PYRAD-Technologie von GORE-TEX sind Teil moderner Schutzbekleidung und begegnen diesen Herausforderungen.

Ob Hochspannungsanlagen, Batterieproduktion oder Offshore-Windparks: Beschäftigte in elektrifizierten Industrien sind zunehmend neuen und komplexeren Gefahren ausgesetzt. Neben klassischen Risiken wie Stromschlägen treten verstärkt Störlichtbögen, Explosionen, extreme Temperaturen sowie chemische Gefahren auf. In der Batterieproduktion oder beim Ausbau der Ladeinfrastruktur können Energieniveaus entstehen, die ohne geeignete Schutzmaßnahmen lebensbedrohlich sind. Besonders kritisch ist dabei die Kombination dieser Risiken.

Gleichstrom als unterschätzte Herausforderung

Die verstärkte Nutzung von Gleichstrom als zentrale Technologie der Energiewende bringt zusätzliche Risiken wie Muskelkontraktionen bei direktem Kontakt und erhöhte Brandgefahr durch Wärmeentwicklung in Leitungen und Bauteilen. Diese neuen Rahmenbedingungen erfordern ein Umdenken im Arbeitsschutz: Schulung, Sensibilisierung und vor allem innovative persönliche Schutzausrüstung werden zum entscheidenden Faktor.

Moderne Schutzkonzepte setzen auf fortschrittliche Materialien und Technologien, die mehrere Risiken gleichzeitig abdecken – ohne dabei Komfort und Bewegungsfreiheit einzuschränken. Ein Beispiel dafür ist

die markengeschützte PYRAD-Technologie der Marke GORE-TEX. Sie basiert auf einem intelligenten Materialaufbau, der sich bei extremer Hitzeeinwirkung durch eine plötzliche Flamme oder einen lebensgefährlichen Störlichtbögen in eine stabile Verkohlungsschicht verwandelt. Dadurch wird der Wärmefluss effektiv reduziert und die Haut zuverlässig geschützt.

Die Marke GORE-TEX baut die innovative Technologie kontinuierlich für unterschiedliche Einsatzbereiche und Witterungsverhältnisse aus. Sie ist die neue PYRAD Generation by GORE-TEX LABS mit 320 g/m² die leichteste Klasse-2-Störlichtbogenschutz-Technologie in einlagiger Konstruktion. Schutzbekleidung mit dieser Technologie ist bis zu 45 Prozent leichter als vergleichbare PSAGS und ist besonders für warme Tage und Innenräume geeignet. Erste Outfits von Van Heurck, Iturri und BSD mit dieser Innovation sind seit 2025 auf dem Markt.



Weiterführende Informationen unter:

<https://www.goretexprofessional.com/de/pyrad-bekleidung-mit-stoerlichtbogenschutz>

// VON ADVERTORIAL

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Tanklager "Blumensand" in Hamburg. Quelle: MB Energy

MB Energy darf Ammoniak-Importterminal bauen

WASSERSTOFF. In Hamburg soll ein großer Import-Hub für Ammoniak entstehen. Der angelandete Rohstoff soll für die Industrie verwendet und als Speichermedium für Wasserstoff dienen.

Der Betreiber MB Energy hat von der Hamburger Umweltbehörde die Genehmigung für den Bau und Betrieb eines Ammoniak-Importterminals erhalten. Die Anlage soll auf dem Gelände des Tanklagers „Blumensand“ im Hamburger Hafen entstehen, wie das Unternehmen mitteilt. Die geplante Umschlagsmenge liegt bei rund 600.000 Tonnen Ammoniak pro Jahr.

Nach Angaben von MB Energy ist das Terminal als großskaliger Importknoten ausgelegt. Es soll eine zentrale Rolle für die künftige Energieversorgung in Deutschland einnehmen. Eine finale Investitionsentscheidung steht jedoch noch aus.

Der Standort Blumensand ist das größte Tanklager im Hamburger Hafen und befindet sich im Besitz der MB Energy-Gruppe. Das geplante Terminal ist für den Import und die Weiterverteilung von Ammoniak konzipiert. Vorgesehen sind unter anderem der Bau eines neuen Tanks zur Zwischenlagerung sowie die Ertüchtigung der bestehenden Anlegestelle für Binnen- und Seeschiffe. Zudem sind Verlademöglichkeiten für Eisenbahnkesselwagen geplant.

Perspektivisch ist auch eine Einspeiselösung in eine noch zu entwickelnde Cracker-Anlage vorgesehen. In einer solchen Anlage kann Ammoniak in Wasserstoff und Stickstoff aufgespalten werden, um den Wasserstoff anschließend in ein künftiges Wasserstoffnetz einzuspeisen.

Ammoniak als Speichermedium für Wasserstoff

Ammoniak gilt als vielseitig einsetzbarer Energieträger und Rohstoff. In der Industrie wird er seit langem als Grundstoff, etwa für die Düngemittelproduktion, genutzt. Darüber hinaus kann Ammoniak als Speichermedium für Wasserstoff dienen. Dabei wird Wasserstoff chemisch an Stickstoff gebunden und in Form von Ammoniak transportiert. Am Zielort lässt sich das Ammoniak wieder in Wasserstoff und Stickstoff zerlegen.

Auch im Energiesystem gewinnt Ammoniak an Bedeutung. Diskutiert wird unter anderem der Einsatz als alternativer Kraftstoff in der Schifffahrt. Zudem ist es aus technologischer Sicht möglich, Ammoniak in Gaskraftwerken einzusetzen, etwa durch Beimischung oder perspektivisch auch in reiner Form.

Nach Angaben des Unternehmens ist das Terminal so ausgelegt, dass neben konventionellem auch kohlenstoffärmeres und erneuerbares Ammoniak umgeschlagen werden kann, heißt es abschließend.

MB Energy wurde 1947 gegründet und hat seinen Hauptsitz in Hamburg. Das Unternehmen ist als unabhängiger und integrierter Energieanbieter tätig und verfügt über Aktivitäten in Europa, den Vereinigten Staaten und Singapur. Zum Geschäft gehören Import, Lagerung, Vertrieb und Vermarktung von Erdölprodukten, Flüssiggas, Chemikalien und Biokraftstoffen. // **VON STEFAN SAGMEISTER**

[^ Zum Inhalt](#)

Fraunhofer-Spin-off berät Photovoltaikhersteller bei Fabrikplanung



Quelle: Pixabay / andreas160578

PHOTOVOLTAIK. Ein Spin-off des Fraunhofer ISE berät PV-Hersteller. Im Fokus stehen Produktentwicklung, Fabrikplanung und Technologietransfer entlang der Wertschöpfungskette.

Mit „NEXUS GreenTech“ ist Ende März ein neues Beratungsunternehmen aus dem Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) hervorgegangen. Das Spin-off mit Sitz in Freiburg im Breisgau richtet sich an Hersteller von Wafern, Solarzellen und Photovoltaikmodulen und will diese bei Fragen der Produktentwicklung sowie beim Aufbau und der Weiterentwicklung von Produktionskapazitäten unterstützen. Dies geht aus einer aktuellen Mitteilung des Fraunhofer ISE hervor.

Gegründet wurde das Unternehmen von Jochen Rentsch, Sebastian Nold und Nico Wöhrle, die zuvor über viele Jahre am Fraunhofer ISE tätig waren. Dort hätten sie unter anderem zu Photovoltaiktechnologien, Produktionsprozessen und Qualitätssicherung geforscht und zuletzt im Bereich PV-Technologietransfer gearbeitet. Aus dieser Tätigkeit heraus sei die Idee zur Ausgründung entstanden. Rentsch erklärte, dass viele Anfragen aus der Industrie nicht primär Forschungsfragen betroffen hätten, sondern konkrete Entscheidungen etwa zur Wahl von Zelltechnologien, zu geeigneten Zulieferern oder zu Fabriklayouts.

Das Leistungsportfolio von Nexus Greentech umfasst nach Unternehmensangaben unter anderem technische und kommerzielle Due-Diligence-Prüfungen sowie Machbarkeitsstudien. Hinzu kommen die Planung von Produktionsanlagen, Technologieberatung und die Erstellung von Geschäftsplänen. Darüber hinaus unterstützt das Unternehmen Kunden beim Aufbau von Organisationen, beim Recruiting sowie bei Investitionsentscheidungen. Wissenschaftliche Methoden und Ansätze sollen weiterhin in Kooperation mit dem Fraunhofer ISE genutzt werden, etwa über Lizenz- und Kooperationsverträge.

Projekt mit US-Solarzellenhersteller

Das Fraunhofer ISE sieht in der Ausgründung eine Ergänzung des eigenen Angebots. Institutsleiter Prof. Andreas Bett erklärte, die Gründung unterstütze dem Ausbau der Photovoltaikproduktion weltweit. Gleichzeitig verliere das Institut zwar erfahrene Mitarbeiter, gewinne mit Nexus Greentech jedoch einen kompetenten Partner. Durch die Zusammenarbeit könne das Angebot für den Aufbau und die Erweiterung von Produktionsstätten ausgebaut werden. Kunden könnten zudem davon profitieren, dass aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse einfließen und bei Bedarf eine weitergehende Forschung und Entwicklung eingebunden werde.

Ein erstes gemeinsames Projekt ist die Unterstützung des US-amerikanischen Solarzellenherstellers Talon PV beim Aufbau und Betrieb einer Pilot- und Fertigungslinie. Laut einer früheren Mitteilung des Fraunhofer ISE soll diese 4.000 MW erreichen. Nexus Greentech übernimmt dabei Aufgaben wie die Beschaffung und Planung von Anlagen, die Entwicklung von Personalstrukturen sowie die Analyse von Prozessdaten und den Aufbau von Forschungs Kooperationen. Das Fraunhofer ISE betreibt die Pilotlinie und stellt die langfristige Forschungs- und Entwicklungspartnerschaft sicher. // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

Österreich: Solarthermiefirma Gasokol insolvent



Quelle: Shutterstock

SOLARTHERMIE. Die Schulden des seit 1981 bestehenden Unternehmens mit Sitz in Saxen südöstlich von Linz belaufen sich auf etwa 2,6 Millionen Euro. Geplant ist, dieses fortzuführen.

Die Gasokol, ein seit 1981 bestehender Anbieter und Errichter von Solarthermieanlagen mit Sitz in Saxen etwa 35 Kilometer südöstlich der oberösterreichischen Landeshauptstadt Linz, ist pleite. Am 15. April wurde beim Landesgericht Linz ein Insolvenzverfahren ohne Eigenverwaltung eröffnet, berichteten der Alpenländische Kreditorenverband (AKV) und der Kreditschutzverband von 1870 (KSV 1870).

Den beiden Verbänden zufolge belaufen sich die Passiva der Gasokol auf etwa 2,6 Millionen Euro. „Auf der Aktivseite verfügt die Gesellschaft über betrieblich genutzte Liegenschaften am Standort Saxen, die jedoch pfandrechtlich belastet sind. Darüber hinaus sind eine betriebliche Infrastruktur, Produktionsanlagen, Lagerbestände sowie technisches Know-how vorhanden. Beteiligungen an anderen Unternehmen bestehen nicht“, hieß es in einer Aussendung des AKV.

Nach Angaben des KSV sind von der Insolvenz rund 270 Gläubiger sowie 17 Beschäftigte betroffen. Angeboten wird den Gläubigern die übliche Mindestquote von 20 Prozent, zahlbar binnen 24 Monaten ab Annahme des Sanierungsplans. Geplant ist, das Unternehmen fortzuführen.

Umfangreicher Auftragsbestand

Der AKV verwies auf den Insolvenzantrag, laut dem die Gasokol über einen „umfangreichen Auftragsbestand“ verfügt: „Insbesondere stehe die mögliche Vergabe eines größeren Projekts im Raum, welches als Grundlage für eine Fortführung dienen soll.“ Ansprüche können bis zum 12. Juni geltend gemacht werden. Für den 26. Juni ist die Prüftagsatzung anberaumt, bei der die von den Gläubigern erhobenen Forderungen geprüft werden. Voraussichtlich am 24. Juli findet die Sanierungsplantagsatzung statt, bei der die Gläubiger über den Sanierungsplan abstimmen.

In Schwierigkeiten geriet die Gasokol laut dem AKV und dem KSV nach dem Geschäftsjahr 2022, bis zu dem stabile Erträge erwirtschaftet worden waren. In der Folgezeit habe sich das Marktumfeld indessen verschlechtert. Die Nachfrage nach solarthermischen Anlagen erwies sich als zunehmend volatil. Auch seien immer wieder Aufträge verschoben worden. „Man habe zwar bereits erste Kostenreduktionen, insbesondere im Personalbereich, gesetzt. Als aber ein großer Investor überraschend wegbrach, musste der gegenständliche Insolvenzantrag gestellt werden“, teilte der KSV 1870 mit. // VON KLAUS FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Mainova verlängert mit Vorstand



Martin Giehl. Quelle: Mainova AG

PERSONALIE. Die Mainova aus Frankfurt (Main) hat den Vertrag mit seinem Vertriebsvorstand um fünf Jahre verlängert.

Martin Giehl hat einen neuen Vertrag als Vorstand bei der Frankfurter Mainova bis zum 30. September 2031 unterschrieben. „Giehl bleibt damit weiterhin verantwortlich für zentrale Geschäftsbereiche wie Energieerzeugung sowie den Vertrieb“, schreibt das Unternehmen in einer Mitteilung.

Martin Giehl gehört seit Oktober 2021 dem Vorstand der Mainova AG an. Er ist zuständig für Erzeugung, Beschaffung und Handel, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Fernwärme sowie den Vertrieb an Haushalte, Industrie und die Wohnungswirtschaft sowie die Weiterverteilung an Städte und Kommunen.

Mike Josef, Oberbürgermeister von Frankfurt und Aufsichtsratsvorsitzender der Mainova AG, verweist auf die anstehenden Aufgaben des Unternehmens. Insbesondere in den Bereichen Erzeugung, Fernwärme, Handel und Vertrieb sieht er einen erheblichen Handlungsbedarf. Die Energieerzeugung soll schrittweise auf erneuerbare Quellen umgestellt, das Fernwärmenetz weiter ausgebaut und die Kunden weiterhin zuverlässig sowie zu wettbewerbsfähigen Preisen versorgt werden.

Der Vorstand der Mainova AG besteht aus dem Vorstandsvorsitzenden Michael Maxelon sowie den Vorstandsmitgliedern Peter Arnold und Martin Giehl. // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Neuer Geschäftsführer bei Mainzer Stadtwerke-Tochter



Tobias Wendisch (mitte), Stadtwerke-Vorstandsvorsitzender Daniel Gahr und die stellvertretende Vorstandsvorsitzende Kerstin Stumpf. Quelle: Stadtwerke Mainz

PERSONALIE. Tobias Wendisch hat die Geschäftsführung der Energieversorgungs-Betriebsgesellschaft in Lindenschied im Hunsrück übernommen.

Die Mainzer Stadtwerke haben die Geschäftsführung ihres 100-prozentigen Tochterunternehmens „evb“ neu besetzt. Seit 1. April leitet Tobias Wendisch die Energieversorgungs-Betriebsgesellschaft. Der Energie- und Contracting-Dienstleister mit Sitz in Lindenschied im Hunsrück versorgt nach eigenen Angaben rund 5.000 Wohn- und Geschäftseinheiten in mehr als 230 Quartieren und Liegenschaften mit Wärme, Kälte und Strom.

Wendisch war zuvor bei den Wuppertaler Stadtwerken tätig. Der 41-Jährige leitete dort den Energiehandel und das Controlling. Zudem verantwortete er das Produktmanagement und betreute das Beteiligungsmanagement energiedienstleistungsnaher Tochtergesellschaften, wie sein neuer Arbeitgeber mitteilt. Überdies sammelte er Erfahrungen in der Vertriebsleitung und im Contracting.

Die Energieversorgungs-Betriebsgesellschaft versorgt Wohnquartiere, kommunale Einrichtungen und Industriegebäude. Das Angebot umfasst unter anderem Blockheizkraftwerke, Wärmepumpen, Photovoltaikanlagen sowie Pellet- und Hackschnitzelanlagen im Leistungsbereich von 30 bis 2.400 kW. Als Contracting-Partner übernimmt die Stadtwerke-Tochter alle Aufgaben von der Planung, Finanzierung und dem Bau bis hin zum Betrieb, der Instandhaltung und Wartung der Energieanlagen.

Das Unternehmen zählt aktuell rund 60 Beschäftigte. Im Jahr 2024 erzielte die „evb“ ein Rohergebnis in Höhe von 8,9 Millionen Euro (2023: 9,8 Millionen Euro). Das Ergebnis nach Steuern lag bei minus 217.000 Euro (2023: plus 1,29 Millionen Euro). // [VON MANFRED FISCHER](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Neuer Vertrag für Stadtwerke-Chef in Ellwangen



Symbolischer Handschlag zur Vertragsverlängerung: Oberbürgermeister Michael Dambacher gratulierte Stefan Powolny (Mitte rechts). Quelle: Stadtwerke Ellwangen

PERSONALIE. Stefan Powolny leitet weiter die Stadtwerke Ellwangen. Sein neuer Vertrag datiert nun bis Ende 2030.

Fünf weitere Jahre für Geschäftsführer Stefan Powolny: Das Arbeitspapier des 47-jährigen Stadtwerke-Chefs in Ellwangen ist bis Ende 2030 verlängert worden. Wie das Unternehmen mitteilt, hat Powolny gleichzeitig neue Verträge als Geschäftsführer der Versorgungs- und Bädergesellschaft mbH und der Windpark Virngrund GmbH erhalten.

Der gebürtige Ellwanger leitet die kommunalen Unternehmen seit 2017. Drei Jahre zuvor war er nach Stationen bei Daimler und Bosch als kaufmännischer Leiter zu den Stadtwerken in Ellwangen gewechselt.

Der Versorger liefert Erdgas, Wärme und Trinkwasser. Das Erdgasnetz misst nach Unternehmensangaben 140 Kilometer. Die Zahl der Beschäftigten liegt bei 50. 74,9 Prozent des Versorgers befinden sich in städtischem Besitz, 25,1 Prozent der Anteile hält seit dem Jahr 2022 die EnBW ODR AG.

Als Hauptaufgabe für die kommenden Jahre sieht Powolny den Schwenk in der Wärmeversorgung: „Ich will den Weg zur Wärmewende in meiner Heimatstadt gerne in den nächsten Jahren mitgestalten“, betonte er anlässlich der Vertragsverlängerung. // [VON MANFRED FISCHER](#)

[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM

GAS

 Hoffnung auf Frieden dämpft Preisdynamik**MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO2- und Gasmarkt.**

Am Mittwoch zeigten sich die Energiepreise uneinheitlich, obwohl sich Hinweise auf eine rasche Fortsetzung der Gespräche zur Beendigung des Irankriegs verdichten. Die Anleger gehen davon aus, dass ein solcher Schritt vor allem dann Sinn macht, wenn beide Seiten an einer Einigung interessiert sind. Nach dem deutlichen Abschmelzen der Risikoprämien warten die Marktteilnehmer allerdings nun erst einmal auf weitere geopolitische Entspannungssignale.

Strom: Der deutsche OTC-Strommarkt hat sich zur Wochenmitte ganz überwiegend mit Abgaben gezeigt. Die Notierungen folgten damit der Vorgabe von Gas. Der Day-ahead sank in der Grundlast um 7,00 auf 111,00 Euro je Megawattstunde und in der Spitzenlast um 8,00 auf 95,75 Euro je Megawattstunde. An der Börse kostete der Donnerstag 110,68 Euro im Base und 95,53 Euro im Peak. Händler führten die leichten Abschläge für den Day-ahead auf die etwas höhere Erneuerbaren-Einspeiseleistung zurück. Laut den Meteorologen von Eurowind sollen die Beiträge von Wind- und Solar von 16,9 Gigawatt am Berichtstag auf allerdings immer noch schwache 17,1 Gigawatt am Donnerstag steigen.

Außerdem wird die Last von Mittwoch auf Donnerstag gemäß den Berechnungen von MBI Research geringfügig um rund 0,1 Gigawatt auf 57,2 Gigawatt zurückgehen. Die Wetterdienste rechnen für Deutschland von Sonntag an mit einer deutlichen Abkühlung allerdings auch mit mehr Wind. Die neue Wetterlage soll sich für einen längeren Zeitraum über Deutschland halten können.

Am langen Ende des Strommarktes verlor das Frontjahr 0,66 auf 88,43 Euro je Megawattstunde.

CO2: Die CO2-Preise haben sich am Mittwoch etwas fester gezeigt. Der Dec 26 gewann bis gegen 13.26 Uhr 0,23 auf 75,10 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 10,5 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 75,50 Euro, das Tief bei 74,45 Euro. Damit setzte der Markt seine Aufwärtsbewegung vom Vortag in abgeschwächter Form fort. Nach wie vor treiben mit der Hoffnung auf ein Ende des Irankriegs die leichteren Gaspreise die Notierungen für CO2. An der ICE zogen unterdessen die Nettolongpositionen spekulativer Anleger in der Vorwoche im Wochenvergleich um 1,9 Millionen auf 34,7 Millionen Zertifikate an, was eine etwas verbesserte Stimmung am Markt ausweist.

Erdgas: Die europäischen Gaspreise haben sich am Mittwoch leichter gezeigt. Der Frontmonat Mai am niederländischen TTF verlor bis gegen 13.26 Uhr 0,600 auf 42,200 Euro je Megawattstunde, am deutschen THE gingen die Preise um 0,970 auf 43,180 Euro zurück. Die europäischen Erdgaspreise stehen weiter unter Abwärtsdruck, nachdem sich die Anzeichen einer kurzfristigen Wiederaufnahme der Friedensgespräche zwischen Iran und den USA verdichtet haben und der Ölpreis deutlich unter die Marke von 100 US-Dollar je Barrel verharrt. Der Gasflow aus Norwegen beträgt für den Berichtstag laut Angaben des Netzbetreibers Gassco 324,4 Millionen Kubikmeter und liegt damit weiterhin wartungsbedingt auf einem etwas reduzierten Niveau. // VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:



E&M STELLENANZEIGEN



Junior Geschäftsführer Energie (m/w/d)

(Junior) Geschäftsführer Energie (m/w/d)Arbeitsplatz Hybrid am Standort Mühlheim am Main

in Mühlheim am Main

27.02.2026



Landschaftsplaner/-ökologe (m/w/d) für Onshore-Windenergieprojekte

Deine Energie, deine Zukunft, dein Job bei wpd. Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- u...

in Münster

vor 2 h

Freie Mitarbeit



Verkäufer Megastore (m/w/d)

Verkauf von Möbeln oder Küchen in unserem Megastore Aktive Kundenansprache Kompetente und in...

in Pulheim

vor 2 h



SAP ABAP Entwickler im energiewirtschaftlichen Umfeld (w/m/d)

Unser Auftraggeber zählt zu den großen kommunalen Energieversorgern in Deutschland. Er macht sic...

in Nürnberg

vor 2 h

Weiterbildung



Gastgeber im Service (m/w/d) in Vollzeit Erster Ansprechpartner in der Serviceannahme

Die Riess Gruppe hat sich den Weg vom lokalen Unternehmen zu einer Unternehmensgruppe mit einer...

in Tuttlingen

vor 2 h

Ausbildung Mitarbeiterrabatte

[WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT](#)

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

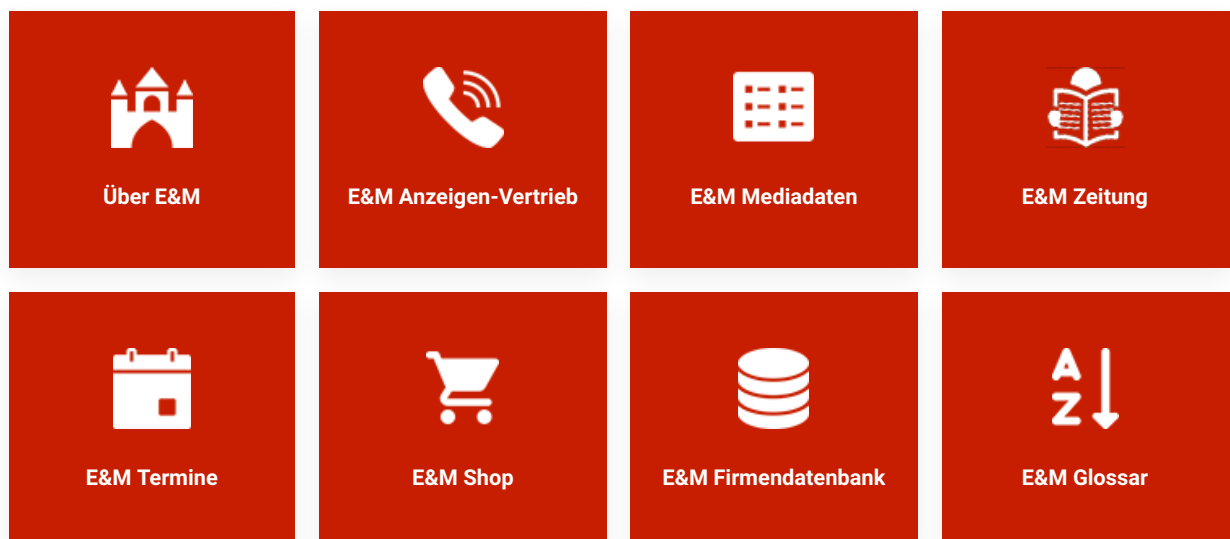
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

